

BERNS BÜRGERLICHE PARTEIPRÄSIDENTEN

«Kein Geld mehr für einen Veloverleih ohne Qualität»

Etwas mehr als zwei Jahre sind seit den letzten Wahlen in der Stadt Bern vergangen. Was haben die bürgerlichen Parteien für die zweite Hälfte der Legislaturperiode vor? Der Bärnerbär hat bei den Parteipräsidentinnen und -präsidenten nachgefragt.

GLP: «Untragbar hohe Schulden»

Für die Grünliberalen der Stadt Bern stellt die «ungünstige finanzielle Situation» eine der grössten Herausforderungen in den nächsten knapp zwei Jahren dar. Man wolle «den Schuldenanstieg begrenzen, um eine Steuererhöhung zu vermeiden», erklärt Co-Präsidentin Irina Straubhaar auf Anfrage. «Enkeltaugliche Finanzpolitik» nennt die GLP diesen Plan. Denn: Derzeit habe die Stadt ihre Ausgaben «nicht im Griff» und häufe «untragbar hohe Schulden» an. Klar sei deshalb das Nein zum Personalreglement, über das im Juni abgestimmt wird und das unter anderem einen Elternurlaub von sechs Wochen sowie eine Art automati-



GLP-Co-Präsidentin Irina Straubhaar

schon Teuerungsausgleich vorsieht. Viel eher kümmern möchten sich die

Grünliberalen laut eigenen Angaben im Gegensatz dazu um die Entwicklung der Stadt – etwa den Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen oder das Gaswerkareal.

Weiter auf der Agenda der GLP steht, nicht ganz überraschend, das «Erreichen der Klimaziele». Man setze sich dafür ein, das «Parkieren in der Stadt weniger attraktiv» zu gestalten, führt Irina Straubhaar weiter aus. Die beiden Referenden gegen die Gebührenerhöhungen lehnt die Partei ab.

Die Mitte: «Links-grüne Wohlfühllose»

«Ausufernde Geldverteilungs-Politik», «Finanzen in den Griff bekommen», «Bern wieder in Balance bringen». Auch bei Stadtberns Mitte steht der Schuldenabbau zuoberst auf der Agenda. Dieser müsse «zum Wohle der Bevölkerung» passieren, um einen «Bumerang für jene, die auf Unterstützung angewiesen» seien, zu vermeiden, sagt Präsidentin Laura Curau dem Bärnerbär. Mit ihrem knappen Ja zum Budget habe die Bevölkerung einen Warnschuss abgegeben, dass sie die «Wohlfühllose von Links-Grün» nicht weiter finanzieren möchte. Schon gar nicht mit «unethischen Geldern der FIFA», hält Curau fest.

Im Gegensatz zur GLP lehnt Die Mitte die geplante Erhöhung der Gebühren für Parkplätze und für Anwohnerparkkarten ab. Diese würde zulasten jener gehen, «die auf ein Auto angewiesen sind, sich aber keinen Einstellplatz leisten können», so Curau weiter. Stattdessen treibe man die «Förderung von Elektromobilität» voran und versuche zu verhindern, dass «noch mehr Steuer-gelder für einen Veloverleih ohne Qualität» ausgegeben werde.



Fast komplette bürgerliche Elefantenrunde: (v.l.) Laura Curau (Mitte), Thomas Fuchs (SVP) sowie die beiden FDP-Co-Präsidenten Chantal Perriard und René Lenzin. Es fehlt Irina Straubhaar (GLP).
Fotos: Lucas Juliä-Waldow/zvg



Mitte-Präsidentin Laura Curau

Im Bereich der Klimapolitik will Laura Curau den CO₂-Ausstoss mit dem «Ausbau von Fernwärme, dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dem Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektromobilität» senken.

Auf die Wirtschaft angesprochen, sagt die Parteipräsidentin, man kämpfe «gegen die Verdrängung des Gewerbes aus der Stadt».

FDP: «Nebeneinander statt Gegeneinander»

Die Freisinnigen bekämpfen sowohl das Personal- und das Gebührenreglement wie auch die Feuerwehrrersatzabgabe per Referendum. Auf die Stadtfinanzen angesprochen, klingt es bei ihnen sehr ähnlich wie bei GLP und Mitte: Es brauche «endlich mehr Ausgabendisziplin» – auch, um die gemäss Partei «dringend nötigen Investitionen in Schulanlagen ohne exorbitante Gebührenerhöhungen» stemmen zu können.

Im Bereich der Klima- und Verkehrspolitik setzt die FDP auf ein «intelligentes Nebeneinander statt Gegeneinander». Konkret: Mehr Park & Ride mit Anbindung an den öffentlichen Verkehr und ein flächendeckendes Angebot an E-Ladestationen. Zudem sollen Dächer begrünt und Böden

entsiegelt werden. «Mit solch konkreten Massnahmen erreichen wir die Klimaziele des Bundes am besten», erklärt Berns neue FDP-Co-Präsidentin Chantal Perriard.

Was die Wirtschafts- und Sozialpolitik anbetrifft, meint Co-Präsident René Lenzin, die beste Sozialpolitik mache eine Stadt, «die auch gute Steuerzahlende anzieht und damit finanziellen Spielraum für die sozial



Die beiden FDP-Co-Präsidenten Chantal Perriard und René Lenzin

Schwächeren schafft». Ja, es brauche Wohnungen, fügt er an, «aber nicht nur gemeinnützige. Auch Eigenheimbesitzer sind Menschen, die in dieser Stadt Platz haben müssen!» Zudem gelte: «Verfahren verkürzen, höher bauen. Und das können Private sicher besser als die Stadt.»

SVP: «Die Linke hat ihren Zenit überschritten»

Auch für die SVP sind die Abstimmungen über das Personalreglement sowie über die Erhöhung der Parkgebühren zentral. «Ich hoffe, dass die Stadtberner Stimmbevölkerung langsam aufwacht und merkt, dass die politische Linke ihren Zenit überschritten hat», sagt Thomas

Fuchs, Chef der Stadtberner SVP. Finanzpolitisch müsse der Gürtel «dringendst enger geschnallt» und auf «unnötige Ausgaben» verzichtet werden. Stattdessen setze die Stadt auf neue oder höhere Gebühren. Mit dem Referendum gegen den «teuersten Spielplatz der Welt in einem Industriequartier» (vorgesehen sind 3,7 Millionen Franken, d. Red.) hoffe man ebenfalls auf ein Nein, so Fuchs.

Als weiteres Ziel gibt die SVP an, der Stimmbevölkerung ein ausgeglichenes Budget vorlegen zu können, damit die Verschuldung nicht weiter steige. Schliesslich treibe die Stadt bereits 1,4 Milliarden Franken Schulden vor sich her. «Wir wollen auch keine Feuerwehrrersatzabgabe, da diese nichts anderes ist als eine neue Steuer», ärgert sich Fuchs.

Einen weiteren Schwerpunkt nennt er die rot-grüne Verkehrspolitik, die «einseitig» agiere und «vor allem das Velo» fördere. «Hier gilt



SVP-Präsident Thomas Fuchs

es, Parkplatzaufhebungen, Tempo-30-Zonen auf Hauptverkehrsachsen sowie Fahrverbote zu verhindern.» Ausserdem setze man sich für das Gewerbe ein: Es gelte, «gute Rahmenbedingungen» zu schaffen statt «bürokratische Reglemente» weiter auszubauen. Yves Schott

SP, GB UND GFL

Dieses Thema sorgt bei den Linken für Zoff

Berns rot-grüne Parteien, eine homogene Gruppe? Nicht immer. Die GFL etwa möchte sparen, ihre linken Bündnispartner hingegen verlangen eine «Abkehr von der Sparpolitik». Sonst aber herrscht bei SP, Grünem Bündnis (GB) und der GFL, der Grünen Freien Liste, oftmals Einigkeit.

Auch die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat (RGM), bestehend aus SP, Grünem Bündnis (GB) und Grüner Freier Liste (GFL), hat für die zweite Legislaturhälfte ihre Schwerpunkte präsentiert. Im Bereich der Finanzpolitik tönt es bei der GFL ähnlich wie bei den Bürgerlichen: «Ein ausgeglichener Finanzhaushalt ist für uns ein zentrales Anliegen», sagt Co-Präsidentin Tanja Miljanović der

«Berner Zeitung». Ganz anders tönt es beim Grünen Bündnis und dessen Co-Präsidentin Ursina Anderegg: «Für die Umsetzung der dringenden Ziele braucht es eine Abkehr von der Sparpolitik.»

Ausserdem steht bei den RGM-Parteien natürlich der Klimaschutz ganz weit oben in der Prioritätenliste. Der CO₂-Ausstoss soll durch den Ausbau der Fernwärme, die Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie durch Gebäudesanierungen reduziert werden – damit gibt es in diesem Punkt durchaus Überschneidungen zu den Plänen der Bürgerlichen (s. Text oben). Das GB verlangt zudem eine «umfassende Solarinitiative» auf Berns Dächern.

Um die Armut zu bekämpfen,



SP-Co-Präsidentin Lena Allenspach.

fordern die Sozialdemokraten den Bau von günstigen Wohnungen. SP-Co-Präsidentin Lena Allenspach sagt der BZ: «Wir stärken die Kaufkraft mit der Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum wie etwa den 1110 neuen Wohnungen im Viererfeld/Mittelfeld.» SP und Grünes Bündnis möchten im Bereich Soziales zudem bis 2024 weitere Gleichstellungsziele erreichen – zum Beispiel durch die Einführung einer Elternzeit, einer Stärkung der städtischen Kitas und durch den Ausbau von Ganztageschulen. Die GFL bläst in ein anderes Horn, spricht beim städtischen Leistungsangebot von «Doppelpurigkeiten» und fordert eine Auslegeordnung.